

CDU-Antrag zur Ratsversammlung am 09.12.2016

Dringlichkeitsantrag

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt das Städtische Seniorenzentrum am Katzberg (SAK) zum 30.06.2017 zu schließen.

Begründung:

Die CDU hat im Rahmen der letzten Klausur den aktuellen Sachstand zum städtischen Seniorenzentrum am Katzberg erörtert und hat die Einrichtung finanz-, sozial- und arbeitsmarktpolitisch unter die Lupe genommen. Aus den seit Monaten andauernden Verhandlungen zwischen Stadtverwaltung und möglichen Investoren konnten bisher keine konkreten Konzepte oder Vertragsentwürfe vorgelegt werden. Keiner der Gesprächspartner hat bisher Interesse am Gebäude.

Vor dem Hintergrund des steigenden Defizites von jährlich über 700.000 Euro, ein Investitionsstau von damals geschätzten 7.000.000 Euro, besteht mittlerweile eine Dringlichkeit. Finanzpolitisch ergeben sich bei einem Fortbetrieb aus unserer Sicht unkalkulierbare Risiken:

- **Während möglicher Betriebsübergänge könnten Auflagen im Bereich Arbeits- oder Brandschutz eintreten, von einer Befreiung durch Neubau ist nicht auszugehen.**
- **Die mögliche Gründung einer neuen Gesellschaft (gGmbH), einen möglichen Neubau z. B. durch die WoGee halten wir für ein finanzpolitisches Abenteuer. Die Leistungsfähigkeit der Stadt ist begrenzt.**

- ***Eine mögliche Überlassung eines Grundstückes, vergünstigt oder geschenkt, stellt aus Sicht der CDU eine Wettbewerbsverzerrung dar. Mögliche Klagen von anderen Betreibern wären in diesem Zusammenhang nicht ausgeschlossen.***

Sozialpolitisch ist die Einrichtung nicht begründbar: Das städtische Seniorenzentrum erfüllt weiterhin nicht das Kriterium für eine günstige Betreuung im Alter, es bestehen keine Wartelisten, es gibt ein breites Angebot an Senioreneinrichtungen in der Stadt Geesthacht.

Arbeitsmarktpolitisch ist der Fachkräftemangel hinreichend bekannt. Fachkräfte verdienen auf dem freien Markt mittlerweile mehr als z. B. in tarifgebundenen städtischen Einrichtungen. Die Wahrscheinlichkeit einer Arbeitslosigkeit nach Schließung der Einrichtung ist gering.

Gesellschaftlich steht das Konzept der stationären Senioreneinrichtungen zur Debatte. Viele wünschen sich den möglichst langen Verbleib in den Eigenen-Vier-Wänden und nutzen u. a. neue Wohnkonzepte wie das Betreute Wohnen. Die durchschnittliche Verweildauer in stationären Einrichtungen verringert sich dadurch, die Kostendeckung solcher Einrichtungen wird vor diesem Hintergrund immer schwieriger.

Eine mögliche Ablösung an die VBL (Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder) ist zu verhandeln bzw. zu prüfen. Im Kreis Rendsburg-Eckernförde konnte gut verhandelt werden, in der Hansestadt Lübeck liegen ebenfalls aktuelle Erfahrungswerte zu stationären Einrichtungsschließungen vor. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die geführten Verhandlungen zum Thema Personal durch die Stadtverwaltung noch erfolgreich zum Abschluss gebracht werden können, zumindest ein Interessent hatte dieses in Aussicht gestellt. Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

***Für diesen Antrag
Sven Minge und CDU-Fraktion***